

INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

April–Juni 2016



2 | 2016

Statistisches Bundesamt

Herausgeber	<i>Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats</i>
Internet	<i>www.destatis.de</i>
Schriftliche Anfragen	<i>www.destatis.de/kontakt</i>
Zentraler Auskunftsdienst	<i>Telefon +49 (0) 611 / 75 24 05</i>
Erscheinungsfolge	<i>vierteljährlich</i>
Erscheinungstermin	<i>Juli 2016</i>
Fotorechte	<i>©Statistisches Bundesamt, Wiesbaden</i>
© Statistische Bundesamt, Wiesbaden 2016	<i>Vervielfältigungen und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.</i>

<i>Inhalt</i>	<i>Seite</i>
Editorial	5
Veranstaltungen und Besuche	
Innovationspreis 2016 für einen spielerischen Ansatz in der Verbreitung statistischer Daten	6
29. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS)	8
OECD-Statistikausschuss (OECD-CSSP) tagte in Paris	11
Besucher aus Aserbaidschan informierten sich über geographische Informationssysteme (GIS)	12
Sachverständigenrat vertieft internationale Zusammenarbeit	13
Kasachstan-Projekt: Abschluss zum Jahresende	14
64. Sitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES)	15
8. Europäische Konferenz „Qualität der amtlichen Statistik“ (Q 2016) mit 450 Teilnehmenden in Madrid	17
Im Gespräch mit Innenstaatssekretär Klaus Vitt	19
Tagung des Arbeitskreises mathematisch-statistische Methoden	21
Besuch aus dem Statistikamt Bangladesch informiert sich über Migrationsstatistik	22
Gesetzesänderungen	
Bundesstatistikgesetz mit wesentlichen Neuerungen	23
Änderung des Hochschulstatistikgesetzes	24
Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes	24
Aktuelle Querschnittsveröffentlichungen	
Jahresbericht 2015	25
Datenreport 2016	25
OECD-Wirtschaftsbericht für Deutschland	26
Broschüre „Ältere Menschen in Deutschland und der EU“	26
Fachspezifisches im Fokus	
Arbeitsmarkt	
Wissenschaftliche Tagung „Arbeitsmarkt und Migration“	27
Sozialleistungen	
Fachausschuss „Sozialhilfe-/Pflege-/Kinder- und Jugendhilfestatistik“	27
Energie	
Nutzertagung zur Novelle des Energiestatistikgesetzes	29
Verkehr	
Verkehrsstatische Vorhaben von BMVI, KBA und BAG	30
Bildung und Kultur	
Ausgabe 2016 von „Schulen auf einen Blick“ erschienen	31

Preise	
Nutzerkonferenz „Immobilienpreise – Was bietet die amtliche Statistik?“	32
Verdienste und Arbeitskosten	
Mindestlohn steigt auf 8,84 Euro	33
Monatlicher Tarifindex Juni 2016 zu Dezember 2014: + 3,2 %	33
Wirtschaftsrechnungen	
Ergebnisse zur „Überschuldung privater Personen“ in Berlin präsentiert	34
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
52. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	35
Kontakt zur Redaktion	36
Personalnachrichten	
Statistischer Beirat	37
Statistisches Bundesamt	37
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	38
Statistisches Landesamt Bremen	38
Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein	38
Landesamt für Statistik Niedersachsen	38
Anhang	
Tagungskalender	39
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: Juli 2016	43

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,
die diesjährige Tagung des Statistischen Beirats liegt gerade hinter uns. Vieles, was den Beirat betrifft, ist in der Tagung am 29. Juni vorgestellt und diskutiert worden und der Bericht zur Tagung, der parallel zu dieser Ausgabe der „Informationen aus der amtlichen Statistik“ erstellt wurde, resümiert Inhalt und Ergebnisse dieser Diskussion. Deshalb greifen wir die Beiratssitzung in dieser Veröffentlichung nicht noch einmal auf.



Eine Ausnahme sei bitte erlaubt: Der Bericht über die Verleihung des Innovationspreises 2016 zu Beginn dieser Ausgabe. Ich danke der Jury und auch dem Beirat nochmals sehr herzlich, dass sie diesen ebenso motivierenden wie informativen Wettbewerb unterstützt haben.

Was die künftige Arbeit des Beirats angeht – im Lichte des novellierten Bundesstatistikgesetzes – so wird sich mein Haus bemühen, den vielzitierten Rat des Apostels Paulus zu befolgen: Prüfet alles, und behaltet das Beste. Der Status quo ist unser Ausgangspunkt für alle Weiterentwicklungen.

Da ich davon ausgehen darf, dass Sie auch an [„Methoden – Verfahren – Entwicklungen“](#) interessiert sind, empfehle ich Ihnen bei dieser Gelegenheit unsere gleichnamige Publikation, deren Ausgabe 1/2016 gerade erschienen ist.

Sollten Sie Ihre Sommerferien jetzt antreten, wünsche ich gute Erholung; falls Sie sich der Arbeit widmen, gute Fortschritte. In jedem Fall aber: Eine glückliche Zeit.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "Deiter Freitle". The signature is written in a cursive style with a long horizontal stroke at the end.

Präsident des Statistischen Bundesamtes



Innovationspreis 2016 für einen spielerischen Ansatz in der Verbreitung statistischer Daten



Der erste Preis ging an Reinhard-Felix Blaik, Ilka Willand und Gabriele Bentele (von links, alle B 306).

Die 63. Tagung des Statistischen Beirats am 29. Juni bildete den Rahmen für die Verleihung des Innovationspreises für Beschäftigte des Statistischen Bundesamtes. Der Preis ging dieses Jahr an Ilka Willand (Referat B 306) zusammen mit Gabriele Bentele und Reinhard-Felix Blaik (beide auch B 306) für das Produkt „Endlos-Klappkarte“ mit Daten zu „25 Jahren Deutsche

Einheit“. Auf einer etwa 15 mal 15 Zentimeter großen Karte, die durch eine besondere Faltung vielfach klappbar ist, sind Zahlen und Informationen zu den Lebensverhältnissen in West und Ost so dargestellt, dass sie sich spielerisch und visuell erschließen.

Den zweiten Platz belegte ein Team der Referate A 301 und A 304, beide aus der Gruppe „Bürokratiekostenmessung“, für das Projekt „Reisen durch die Behördenlandschaft“. Hier wurde ein abstrakter Vorgang visualisiert, nämlich die von Gesetzes wegen nötigen Kontakte mit Stellen der öffentlichen Verwaltung in speziellen Lebenslagen. Ergebnis ist eine Art Flussdiagramm, das besonders leicht nachvollziehbar ist.

Die Entscheidung über die Preisträger traf eine Jury aus Mitgliedern des Statistischen Beirats, nämlich Dr. Christel Degen (DGB-Bundesvorstand), Heidrun Reuter (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur) und Prof. Dr. Joachim Wilde (Universität Osnabrück), der zu dieser Tagung leider verhindert war. Für die Jury würdigten Frau Dr. Degen und Frau Reuter die Preisträger jeweils in einer kurzen Ansprache.



Jurorin Dr. Christel Degen (Deutscher Gewerkschaftsbund) bei ihrer Laudatio.

Dr. Christel Degen (DGB Bundesvorstand) betonte den subjektiven Charakter der Juryentscheidung und die tragende Rolle von Prof. Dr. Wilde, der zur Preisverleihung nicht erscheinen konnte. Sie lobte das Projekt „Reisen durch die Behördenlandschaft“ als innovativen Ansatz:

„Angesichts der vielfältigen bürokratischen Regelungen in Deutschland ist es für die Bürgerinnen und Bürger nahezu unmöglich zu durchschauen, in welchen Lebenslagen welche Handlungen mit welchen Behörden erforderlich sind. Die ‚Behördenlandschaft‘ vermit-



telt diese Informationen in einer anschaulichen und übersichtlichen Art und Weise. Die visuelle Umsetzung ist ansprechend und verständlich, die Gliederung nach Lebenslagen ermöglicht eine zielgerichtete ‚Schneise im Behördenschungel‘.“ Die Jury regte an, die darin enthaltene Information stetig aktuell zu halten. Außerdem sei mit Blick auf Einwanderer und Flüchtlinge eine Piktogrammdarstellung wünschenswert.

Heidrun Reuter würdigte das Projekt „Endlos-Klappkarte“ als ein – gerade im elektronischen Zeitalter – spannendes Medium und ein haptisches Vergnügen:



Jurorin Heidrun Reuter (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur) bei ihrer Laudatio.

„Die Vermittlung und Wahrnehmung statistischer Inhalte stellt in einer von digitaler Informationsvielfalt geprägten Gesellschaft eine besondere Herausforderung dar. Die Endlos-Klappkarte zur Feier ‚25 Jahre Deutsche Einheit‘ geht hier einen unkonventionellen Weg, indem sie die klassische Papierform nutzt, diese jedoch in einem ungewöhnlichen Format mit einer überraschenden

Handhabung präsentiert. Durch das Format der Klappkarte werden zum einen wesentliche Informationen in kompakter und ansprechender Form angeboten. Zum anderen verleitet die motorisch-spielerische Entdeckung den Nutzer dazu, sich länger mit dem Medium und den darauf enthaltenen statistischen Informationen zu befassen und sie damit bewusster aufzunehmen. Schließlich wird durch den QR-Code eine Verbindung zum digitalen Angebot des Statistischen Bundesamtes hergestellt und der Nutzer damit zu einer weitergehenden Befassung mit statistischen Inhalten angeregt.“ Auch die inhaltliche Beschränkung habe ihren Reiz. In diesem Produkt zeige die Statistik ihr freundliches Gesicht.



Von links: Präsident Sarreither mit den Preisträgern Heike Lieser-Schwendler, Alexander Will, Gabriele Bentele, Silvia Steppat, Annette Janert, Ansgar Bitz, Reinhard-Felix Blaik, Dr. Mathias Krenzer, Ilka Willand und den Jurorinnen Dr. Christel Degen und Heidrun Reuter.



29. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS)



Am 18. und 19. Mai kam der Ausschuss für das Europäische Statistische System (AESS) zu seiner 29. Sitzung in Luxemburg zusammen. Der AESS, das Amtsleitertreffen der Mitgliedstaaten und Eurostats, tagt viermal jährlich. Auf der Tagesordnung stehen regelmäßig statistische Rechtsakte der EU und strategische Fragen.

Das Statistische Bundesamt war vertreten durch Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Leiterin der Abteilung B, und durch Bernd Störtzbach, Leiter der Gruppe B1 „Internationales“. Zur deutschen Delegation zählten auch Präsidentin Dr. Christel Figgner und Nadine Müller vom Hessischen Statistischen Landesamt.

Ad-hoc-Module 2019 bis 2021 für die EU-Arbeitskräfteerhebung (LFS)

In einer dem AESS vorausgegangenen Sitzung hatten Fachleute den Entwurf zu einem delegierten Rechtsakt der Kommission zur Annahme des Programms von Ad-hoc-Modulen für die Jahre 2019 bis 2021 für die Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte gemäß der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates vorbereitet. Der Entwurf sieht folgende Ad-hoc-Module ergänzend zum Programm der Arbeitskräfteerhebung vor: 1. Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung (2019), 2. Arbeitsunfälle und sonstige arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme (2020), 3. Beschäftigungssituation von Migranten und deren direkten Nachkommen (2021). Jedes Modul enthält drei auf das jeweilige Thema bezogene Untermodule. Die vorgeschlagenen Module waren unter Einbeziehung von Experten der Mitgliedstaaten in der zuständigen Arbeitsgruppe Arbeitsmarktstatistiken (LAMAS) und in der Direktorengruppe für Sozialstatistik (DSS) erarbeitet worden. Der AESS stimmte dem Entwurf einvernehmlich zu. Eurostat wird den Kommissionsvorschlag dem Rat und dem Europäischen Parlament zur weiteren Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren zuleiten.

Überarbeitung der Klassifikation der Gebietseinheiten – NUTS 2016

Die „NUTS-Verordnung“ (EG) Nr. 1059/2003 regelt die gemeinsame statistische Systematik der Gebietseinheiten in der EU. Diese ermöglicht die Erfassung, Zusammenstellung und Verbreitung harmonisierter regionaler Statistiken in der Union. Die geltende Fassung datiert von 2013. Etwa alle drei Jahre sind Änderungen nötig, um Änderungen der Verwaltungsstruktur der Mitgliedstaaten zu berücksichtigen. Die Mitgliedstaaten stimmten der aktuell geplanten Anpassung der NUTS-Verordnung einstimmig zu.

ESS-Vision 2020

Der Ausschuss nahm den regelmäßigen Fortschrittsbericht der Vision Implementation Group (VIG) über den Stand der Umsetzung der ESS-Vision 2020 insgesamt wie auch Berichte zu den einzelnen Umsetzungsprojekten zustimmend zur Kenntnis und befasste sich besonders mit den folgenden Projekten der Vision:

Modernisierung der Intrahandelsstatistik (INTRASTAT)

Auf der Grundlage der mehrjährigen Vorarbeiten auf Expertenebene bewerteten die Generaldirektoren in einer Sitzung des AESS vorgeschalteten halbtägigen Workshop die bisher erzielten Ergebnisse zur Modernisierung der Intrahandelsstatistik (ESS



VIP Projekt SIMSTAT) und einigten sich auf strategische Vorgaben für die Weiterentwicklung des Projekts: Mit der Modernisierung der Intrahandelsstatistik soll im europäischen Durchschnitt eine Entlastung von 25 Prozent erzielt werden. Im Hinblick auf eine harmonisierte output-orientierte Erstellung monatlicher Intrahandelsstatistiken bleibt es im Sinne der Subsidiarität Aufgabe der Mitgliedstaaten, die Intrahandelsstatistik auf nationaler Ebene unter Nutzung geeigneter Datenquellen und unter Einhaltung noch zu definierender Mindestqualitätsstandards zu gestalten.

Für alle Mitgliedstaaten wird die Bereitstellung nichtanonymer Mikrodaten über Exporte verpflichtend eingeführt. Ob sie diese Daten nutzen, bleibt den Mitgliedstaaten überlassen. Zur Erhöhung des Nutzens eines Mikrodanenaustauschs wird die Einführung der „Unternehmenssteuer-Identifikationsnummer“ als zusätzliche Variable als nötig erachtet. Mit Blick auf den Nachweis von Wertschöpfungsketten im Rahmen der Globalisierung ist die Aufnahme des „Ursprungslandes“ als weitere Variable zu prüfen. Als Ausgleich für die durch die Aufnahme dieser Variablen entstehende Mehrbelastung ist eine noch zu beziffernde Senkung des Abdeckungsgrades auf der Exportseite vorgesehen.

Der AESS beauftragte Fachleute für die Intrahandelsstatistik, bis zu seiner Sitzung im November Vorschläge zu den noch offenen Fragen zu erarbeiten: zur Festlegung der Mindestqualitätsstandards auf der Export- und der Importseite, zur Quantifizierung der Belastungsreduktion und zur Spezifizierung der Vorgabe für die statistische Geheimhaltung.

Da das modifizierte System der Intrahandelsstatistik Teil des Kommissionsentwurfs für die Rahmenverordnung zur Integration der Unternehmensstatistiken (FRIBS) werden soll, ist dabei die Zusammenarbeit mit der für die Unternehmensstatistiken zuständigen Direktorengruppe (BSDG) erforderlich.

IT-Sicherheitsrahmen

Der AESS begrüßte das von Experten vorgelegte Konzept zur Einführung eines ESS IT-Sicherheitsrahmenwerks. Dessen Notwendigkeit resultiert in erster Linie aus dem vorgesehenen Mikrodanenaustausch im modifizierten System der Intrahandelsstatistik. Er betonte, dass die Ergebnisse der Selbstbewertungen zur IT-Sicherheit, die in den Jahren 2016/17 in den nationalen Statistikämtern (NSÄ) vorgesehen sind, soweit erforderlich zur Modifikation des vorgelegten Konzepts für einen IT-Sicherheitsrahmen im ESS genutzt werden sollen.

Kooperationsmodelle

Eine Arbeitsgruppe der Direktorengruppe für Ressourcen hat Möglichkeiten der Verbesserung der Zusammenarbeit zu bestehenden Kooperationsmodellen (z. B. ESSnet, European Statistics Training Programme, European Master in Official Statistics) und zu neuen Formen der Kooperation („Pooling of staff“ mehrerer NSÄ; Spezialisierung durch Aufgabenerledigung eines oder mehrerer NSÄ für alle) untersucht. Der AESS nahm den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zur Kenntnis und beauftragte Eurostat mit der Erarbeitung konkreter Implementierungsmaßnahmen zur Verbesserung bestehender Kooperationsmodelle.

Neben der ESS-Vision 2020 waren folgende Punkte von Bedeutung:

European Master in Official Statistics (EMOS)

Insgesamt 14 Universitäten in Europa haben sich in der zweiten Runde um die Einführung dieses Masterstudiengangs beworben. Acht Universitäten wurde das EMOS-Label zugebilligt, darunter Bamberg, München, Berlin und Dortmund. Die Universität Trier war bereits in der ersten Bewerbungsrunde erfolgreich. Drei Universitäten müssen ihre



Bewerbung noch nachbessern. Drei Bewerbungen wurden abgelehnt. Der AESS bewertete die Fortschritte im Ausbau des EMOS-Systems überaus positiv.

Jahresarbeitsprogramm 2017 und Festlegung der Prioritäten

Die Mitglieder des AESS bewerteten den Entwicklungsstand des Entwurfs zum statistischen Jahresarbeitsprogramm 2017, einschließlich der vorgeschlagenen negativen Prioritäten, insgesamt positiv. Einige Mitgliedstaaten bezeichneten den Entwurf jedoch unter Berücksichtigung verfügbarer Finanzmittel in den Mitgliedstaaten als zu ambitioniert, wobei sie aber die Schwierigkeit einer Balance zwischen neuen Anforderungen an die Statistik und möglichen Einsparungen anerkannten. Eurostat wird den Entwurf unter Berücksichtigung der anstehenden detaillierten schriftlichen Stellungnahmen der Mitgliedstaaten innerhalb der Kommission weiter abstimmen und den AESS über den Fortgang der Beratungen informieren.

Follow-up des im Februar 2016 abgehaltenen Workshops über die Qualität im ESS

Der Ausschuss verabschiedete den von Eurostat vorgelegten Entwurf des Mandats für die „High-Level Group (HLG) on Quality“ auf Generaldirektorebene. Die HLG on Quality soll eine Erklärung zur Qualität europäischer Statistiken (Quality Declaration) erarbeiten sowie Empfehlungen geben für die Anpassung des Qualitätssicherungsrahmens (QAF) an neue Entwicklungen im ESS, für die Entwicklung unterschiedlicher Qualitätsprofile und für eine verbesserte Kommunikation mit den Nutzern europäischer Statistiken. Die HLG besteht aus Vertretern aus zehn Mitgliedstaaten, Deutschland gehört nicht dazu.

ESS-Erhebungen über IKT-Nutzung und E-Commerce

Der dem AESS vorgelegte Bericht der Reflexionsgruppe enthält eine Reihe von Maßnahmen/Empfehlungen für die Weiterentwicklung von Erhebungen im Bereich der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), mit dem Ziel, den Aufwand für die Befragten bzw. die NSÄ zu reduzieren und gleichzeitig die Relevanz der Erhebungen zu gewährleisten. Der Ausschuss nahm den Bericht zustimmend zur Kenntnis und beauftragte die zuständige Arbeitsgruppe Information Society Statistics (ISS) mit der weiteren Ausarbeitung des Konzepts unter besonderer Berücksichtigung zusätzlicher Datenquellen sowie alternativer Erhebungsmethoden unter Nutzung neuer Technologien. Deutschland schlug unterschiedliche Periodizitäten für die „Nutzung der IKT durch Haushalte und Personen“ beziehungsweise „Nutzung der IKT in Unternehmen“ vor und bat, diesen Vorschlag in den weiteren Beratungen der Arbeitsgruppe ISS zu berücksichtigen. Der AESS sprach sich für die Beibehaltung der jährlichen Periodizität für IKT-Erhebungen insgesamt aus.

Die nächste Sitzung des AESS findet im Anschluss an die Konferenz der Generaldirektoren der statistischen Ämter des ESS (DGINS) am 28. September in Wien statt.



OECD-Statistikausschuss (OECD-CSSP) tagte in Paris



Der Statistikausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Committee on Statistics and Statistical Policy, OECD-CSSP) hielt seine jährliche Sitzung vom 25.–26. April in Paris unter der Leitung von Martine Durand. Er tagt jährlich wechselnd in Genf und Paris, jeweils vor oder nach der Sitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES, siehe S. 15/16). Der OECD-CSSP soll vor allem Empfehlungen zur Ausrichtung der Statistikpolitik der OECD geben, Qualitätsstandards für OECD-Statistiken sicherstellen, methodische

Empfehlungen genehmigen und gemeinsame Standards annehmen. An der aktuellen Sitzung nahmen für das Statistische Bundesamt Präsident Dieter Sarreither und Annette Pfeifer, Leiterin des Referats B102 „Supra- und internationale Koordinierung“, teil.

OECD-Aktionsplan zur Unterstützung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen

Der CSSP begrüßte ausdrücklich den Aktionsplan der OECD zur Unterstützung der Agenda 2030 und der Nachhaltigkeitsziele „Sustainable Development Goals“ (SDGs) der Vereinten Nationen. Dieser umfasst die vier Bereiche „Anwenden einer „SDG-Perspektive auf bestehende OECD-Strategien und politische Instrumente“, „Verbesserung der Verfolgung von Fortschritten hinsichtlich der SDGs anhand von OECD Daten“, „Unterstützung der Mitgliedstaaten bei integrierter Planung und Politik“ und „Auswirkungen auf die OECD-Außenbeziehungen“. Einer der Schwerpunkte der Diskussionen um den Aktionsplan war die Fähigkeit, Kapazitäten zur Lieferung ausreichender und geeigneter Indikatoren zur Messung der Nachhaltigkeitsziele weltweit aufzubauen. In diesem Zusammenhang wurden auch die Bedeutung von statistischen Standards und die Erschließung neuer Datenquellen erwähnt.

Berichte zum Arbeitsprogramm der OECD

Die OECD-Chefstatistikerin Martine Durand berichtete zum laufenden Arbeitsprogramm und stellte das Zweijahresprogramm 2017–2018 vor. Die Programme enthalten die klassischen Themen der OECD, und zwar „Unternehmensstatistiken“ mit den Aspekten „Digitalisierung“ und „globale Wertschöpfungen“ sowie das Thema „Wohlergehen der Menschen“ mit der Initiative „How’s life“. Eine Brücke zwischen beiden vorgenannten Themen schlägt unter anderem das Projekt „Zusammenhang zwischen wachsender Ungleichheit und fallender Produktivität“, das ebenfalls vorgestellt wurde. Auch wurde eine Studie vorgestellt, die die Ungleichheit der Lebenserwartung in Beziehung zum jeweiligen Bildungsgrad setzt.

Arbeiten der OECD zum Thema Migration

Jean-Christophe Dumont, Leiter der Abteilung internationale Migration der OECD, stellte laufende und geplante Arbeiten der OECD im diesem Bereich vor. Hierbei ging es vorrangig um die Arbeitsmigration. Im Rahmen einer Bestandsaufnahme wurden Datenlücken identifiziert. Im Vordergrund der Arbeiten stehen eine Erhöhung der Vergleichbarkeit und Objektivität der Daten. Weitere Themen sind die Entwicklung geeigneter Indikatoren für den afrikanischen Raum, die Analyse der positiven demographischen Auswirkungen von Migration und die Überwachung der Ergebnisse der Integrationsbemühungen. Ein internationales Forum ist geplant, das Produzenten von Migrationsstatistiken, Analysten und Wissenschaftler zusammenbringen soll.



„Green Growth“, „Measuring Trust“, „integrierte Landvermessung“

Weitere statistische Themen waren der Sachstand der Arbeiten zur „Green Growth Initiative“ der OECD, wobei hierbei vor allem eine bessere Kommunikation mit Eurostat und eine bessere Abstimmung mit den Zielen und Unterzielen der SDGs eingefordert wurde.

Die OECD präsentierte aktuelle Fortschritte hinsichtlich der „Guidelines on Measuring Trust“ (Vertrauen in den Staat). Demnach ist das Vertrauen („trust“) in Regierungen eng verbunden mit der Wahrnehmung von Korruption in Regierungen. Die Guidelines werden derzeit erarbeitet und dem CSSP Anfang 2017 als erste Vollversion zur Kommentierung vorgelegt.

Des Weiteren wurde das Konzept der Integrierten Landvermessung (ILM), welches einen maximalen Mehrwert bei der Vermessung verschiedener Bodenkonzeppte (Verwendung, Abdeckung und Eigentum) erbringen soll, vorgestellt. Erste Schwierigkeit in einem solchen System der Landvermessung ist die Zusammenarbeit zwischen den nationalen statistischen Institutionen und den Institutionen der Landvermessung.

Zur Umsetzung der zwölf im Jahr 2015 beschlossenen „OECD Empfehlungen on Good Statistical Practices“ muss das CSSP bis Ende 2018 berichten. Die unter den Statistikproduzenten innerhalb der EU-Statistik (Europäisches Statistisches System, ESS) durchgeführten sogenannten „Peer Reviews“ akzeptiert die OECD als Alternative.

Die nächste CSSP-Sitzung findet in Verbindung mit der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) am 22. und 23. Juni 2017 in Genf statt.

Besucher aus Aserbaidshan informierten sich über geographische Informationssysteme (GIS)

In der Zeit vom 6. bis 10. Juni besuchte eine Delegation des State Statistical Committee of the Republic of Azerbaijan (SSC) das Statistikamt Nord in Hamburg, das Statistische Bundesamt in Wiesbaden sowie das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) in Frankfurt. Anlass der einwöchigen Studienreise war der weitere Austausch zum Thema Geographische Informationssysteme (GIS).

Im April 2016 hatten Fachleute aus Deutschland und weiteren Ländern in Baku den Besuch in Deutschland vorbereitet. Er fand im Rahmen des zweiten EU-Twinning-Projekts zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem SSC statt, das neben GIS auch die Komponenten Qualitätsmanagement, Statistik zu Einkommen- und Lebensbedingungen privater Haushalte, Sozialstatistik und Tourismusstatistik umfasst. Das Statistische Bundesamt leitete bereits das erste EU-Twinning-Projekt in der Statistik in Aserbaidshan in den Jahren 2009 bis 2012.

Die aserbaidshanischen Gäste verbrachten zunächst zwei Tage im Statistikamt Nord, wo sie das Geodaten-Management und den Einsatz von GIS kennen lernten und sich mit einem Experten vom Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung zum Thema Webdienste austauschten. In Wiesbaden berieten die Experten des Referats C 303 „IT-Kompetenzzentrum Auswertung und Analyse“ zu den Themen „Grundlagen und Infrastruktur GIS“ sowie „Auswahlprozess für GIS-Technologie zur Verarbeitung raumbezogener Daten im Statistischen Verbund“. Neben den verschiedenen Programmen zur technischen Umsetzung kamen auch die Themen Webkartographie und Wahlkreiseinteilung zur Sprache. Zum Abschluss des Besuchs zeigten die Kolleginnen und Kollegen das Analysepotenzial der durch GIS visualisierten Daten anhand eines Fall-



beispiels zum Thema Autounfälle auf deutschen Straßen. Der Aufenthalt in Wiesbaden bot den beteiligten Expertinnen und Experten auch die Möglichkeit, das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) in Frankfurt am Main zu besuchen. Das BKG ist der zentrale Dienstleister des Bundes für topographische Grundlagendaten, Kartographie und geodätische Referenzsysteme und stellt diese den Bundesbehörden zur Nutzung bereit.

Für das laufende Jahr ist noch ein weiterer Studienbesuch in Slowenien geplant. Die Zusammenarbeit im Bereich GIS soll bis Mitte 2017 abgeschlossen werden.

Sachverständigenrat vertieft internationale Zusammenarbeit



Von links: Agnès Bénassy-Quéré (Conseil d'Analyse Économique, Frankreich), Motoshige Itoh (Council on Economic and Fiscal Policy, Japan), Jay Shambaugh (Council of Economic Advisers, Vereinigte Staaten), Laura van Geest (CPB Netherlands Bureau for Economic Analysis).

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung richtete am 24. Juni in Berlin die „International Conference of Councils on Economic Policy“ aus. Zu der Konferenz, die in den Räumlichkeiten und mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erstmalig stattfand, konnten Vertreterinnen und Vertreter aus Finnland, Frankreich, Japan, Kanada, den Niederlanden, Portugal, Spanien und den Vereinigten Staaten begrüßt werden.

Die Eröffnungsrede hielt die Parlamentarische Staatssekretärin Iris Gleicke (BMWi). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Aufgaben und Strukturen der Institutionen. Den Schwerpunkt setzten anschließend aktuelle makroökonomische Themen: Zum einen die Herausforderungen für das Wirtschaftswachstum in den entwickelten Volkswirtschaften sowie zum anderen die weltwirtschaftlichen Implikationen der Transformationsprozesse in der Volksrepublik China.

Ebenfalls diskutiert wurde der Ausgang des Referendums in Großbritannien über dessen Mitgliedschaft in der Europäischen Union sowie dessen wirtschaftliche Folgen. Der Sachverständigenrat will die Zusammenarbeit und den Austausch auf internationaler Ebene intensivieren. Ausgangspunkt sind die seit Jahren durchgeführten bilateralen Konsultationen mit dem französischen Conseil d'Analyse Économique.



Kasachstan-Projekt: Abschluss zum Jahresende

Das KAZSTAT-Twinning-Projekt mit dem kasachischen Statistikkomitee (CS) strebt nach knapp 400 Projektmaßnahmen seinem Abschluss entgegen.



Von links: die beiden Amtsleiter Dieter Sarreither und Bakhytbek Imanaliyev mit Mustafa Dinç, dem Teamleiter der Weltbank.

Am 14. April fand in Wiesbaden das sechste Planungstreffen auf Leitungsebene im Kasachstan-Projekt statt. Nach dem Ausscheiden der Amtsleiter Roderich Egeler aus dem Statistischen Bundesamt und Alikhan Smailov aus dem kasachischen Statistikkomitee CS war dies das erste Treffen unter der Leitung von Präsident Dieter Sarreither auf deutscher Seite und Bakhytbek Imanaliyev, dem amtierenden Vorsitzenden des kasachischen CS. Zu den Teilnehmern gehörte auch ein Vertreter der das Projekt finanzierenden Weltbank. Es war dies das letzte derartige Treffen in Deutschland vor dem geplanten Projektabschluss Ende 2016.

Seit dem Projektbeginn im Jahr 2012 konnten die Arbeiten in 21 von 44 Teilkomponenten abgeschlossen werden. Für mehr als 50 Einzelstatistiken konnten die angewandten Methoden verbessert oder neu entwickelt werden. Große

Fortschritte wurden auch beim Ausbau der IT-Infrastruktur im Zentralamt und in den Regionalämtern erzielt. Mehr als 700 Beschäftigte nahmen an Schulungsmaßnahmen teil. Um das Wissensmanagement zu stärken, bietet das CS seit diesem Jahr in Kooperation mit der nationalen Wirtschaftsakademie in Astana einen einjährigen Statistikstudiengang für 20 Interessierte an. Angesprochen sind sowohl Beschäftigte der Zentrale als auch der Regionalämter. Der Lehrplan sieht auch ein dreiwöchiges Pflichtpraktikum in einem Statistikamt eines Industrielandes vor.

An einer Arbeitssitzung in Bonn am 16. Juni nahmen neben Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern des vom Statistischen Bundesamt angeführten Konsortiums (Finnland, Tschechien, Slowakei, Südkorea und Russland) auch Vertreter der Statistikämter aus Frankreich, Italien und der Türkei teil. Auch dabei waren die Projektmitarbeiterin des Statistischen Bundesamtes in Kasachstan, Olga Kim-Mukhambetova, sowie Mustafa Dinç von der Weltbank. Das Treffen diente vor allem dem Erfahrungsaustausch und der Evaluierung der Maßnahmenimplementierung.

Laut einer im Verlauf des Projekts durchgeführten Umfrage bewerteten 89 Prozent der befragten deutschen und internationalen Fachleute ihren Einsatz in Kasachstan als „ausgezeichnet“ und „sehr gut“; weitere 10 Prozent schätzten ihn als „gut“ ein. 71 Prozent beurteilten das fachliche Niveau der kasachischen Statistiker als „sehr gut“ und 26 Prozent als „gut“. Mit der Organisation der Einsätze und der Betreuung vor Ort waren 91 Prozent der Experten sehr zufrieden.

Die KAZSTAT-Abschlusskonferenz, bei der die Projekterfolge einem breiten Publikum vorgestellt werden, findet am 3. November in Astana statt. Das Statistische Bundesamt wird durch Präsident Dieter Sarreither vertreten sein.



64. Sitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES)

Die 64. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) fand in diesem Jahr unter dem Vorsitz von Lidia Bratanova, der Abteilungsleiterin Statistik der UNECE, vom 27. bis 29. April in Paris statt. Die jährliche CES ist ein hochrangiges Statistikgremium der Regionalkommission der Vereinten Nationen für Europa und nimmt eine Zwischenstellung zwischen UN und EU ein. Die Leiterinnen und Leiter der Statistikämter beraten in den CES-Sitzungen unter anderem über das Statistische Arbeitsprogramm der UNECE. Daneben konzentrieren sich die CES-Sitzungen jeweils auf zwei Seminar-Themen, die unter Beteiligung der Mitgliedstaaten festgelegt und durchgeführt werden. Im Mittelpunkt der diesjährigen Tagung standen „strategische Partnerschaften mit der Informationsindustrie“ und „georeferenzierte Informationsleistungen auf Basis der amtlichen Statistik“. Das statistische Programm der UNECE für das Jahr 2016 sowie der strategische Rahmen für 2018–2019 wurden erörtert und verabschiedet.

Strategische Partnerschaften mit der Informationsindustrie

Das erste Seminar befasste sich mit strategischen Partnerschaften mit der Informationsindustrie, insbesondere im Hinblick auf „Big Data“ und die „Datenrevolution“. Im Zentrum der Vorträge der nationalen statistischen Ämter standen beispielsweise Fragen der IT-Auslagerung, der Vertraulichkeit und des Umgangs mit Anfragen zur Zusammenarbeit sowie rechtliche Grenzen. Die CES will erfolgreiche und schlechte Beispiele für Partnerschaften sammeln, um Erfahrungen auszutauschen und Orientierungshilfen zum Aufbau von Partnerschaften zu entwickeln. Auch an den rechtlichen Grundlagen für funktionierende Partnerschaften soll gearbeitet werden sowie am Dialog mit Datenschutzeinrichtungen und der Zivilgesellschaft. Darüber hinaus sollen datenbezogene Partnerschaften mit Bezug zu den SDGs eruiert werden.

Amtliche Statistiken und georeferenzierte Informationsdienste

Das zweite Seminar im Rahmen der CES befasste sich mit georeferenzierten Informationsdiensten auf der Grundlage amtlicher Statistiken. Im Rahmen der ersten Session wurde die globale und internationale Dimension beleuchtet. Die United Nations Global Geospatial Information Management (UNGGIM) Initiative zur Entwicklung eines Managements für georeferenzierte Informationen wurde vorgestellt, auch mit ihrem europäischen Teilbereich. Im Hinblick auf das weitere Vorgehen der CES wurde unter anderem die Unterstützung der Nutzung von georeferenzierten Daten für Bevölkerungs- und Gebäudezensus und Statistiken für die SDGs diskutiert. Auch die Entwicklung von Unterstützungsleistungen für einen globalen Rahmen und „best practices“ für nationale statistische Ämter und Katasterämter wurde von der CES in Betracht gezogen.

Die zweite Session rückte den nationalen Blickwinkel in den Vordergrund und diente einem entsprechenden Erfahrungsaustausch. Besonderen Stellenwert besaß die Integration von statistischen und georeferenzierten Daten und damit verbunden auch Partnerschaften und Zusammenarbeit zwischen Katasterämtern und Statistikämtern. In Mexiko und demnächst auch Brasilien sind beide Ämter in einer Organisationsstruktur zusammengeführt. Dieses Vorgehen wird von der UN sehr begrüßt.

Die CES begrüßte die „Guidelines for Managers in statistical organisations“. Diese wurden von der High-Level Group for the Modernisation of Official Statistics (HLG-MOS) erarbeitet, ebenso wie die konkreten, praktischen Ergebnisse des Projekts zur Umsetzung einer gemeinsamen statistischen Produktionsarchitektur und der Nutzung von Big Data für amtliche Statistiken.



Aktivitäten Bezug auf die UN Sustainable Development Goals (SDGs)

Die Aktivitäten der UN-ECE in Bezug auf die UN Sustainable Development Goals (SDGs) stellten einen weiteren Schwerpunkt der Sitzung dar. Die CES nahm die Ergebnisse der 47. Sitzung der Statistischen Kommission der UN, die vom 8.–16. März in New York stattfand (siehe Heft 1/2016, S.8), zur Kenntnis und erörterte Implikationen für die Arbeiten der UN-ECE. Die UN-ECE wird im Auftrag der CES eine regionale Roadmap zu Statistiken für die Nachhaltigkeitsziele der UN (SDGs) als Beitrag zu einem Globalen Aktionsplan entwickeln. Das Statistische Bundesamt arbeitet in der „Steering Group on Statistics for SDGs“ mit. Ein erster Entwurf der Roadmap wurde im Rahmen der CES-Sitzung vorgestellt. Außerdem befasst sich eine Task Force unter deutscher Beteiligung mit der Frage wie die „CES Recommendations on measuring sustainable development“ mit den SDGs verknüpft werden könnten. Die CES-Delegierten betonten, dass die Verbindung zwischen Politik und Statistik sichergestellt werden müsse.

Die USA stellten ihren Ansatz zur Verteilung der Zuständigkeiten auf nationaler Ebene für die Indikatoren vor. In den USA wird eine „National Reporting Platform“ entwickelt. Experten aus dem politischen Bereich und Statistiker haben gemeinsam zur Auswahl der SDG-Indikatoren beigetragen. Die Verfügbarkeit von Daten auf nationaler Ebene wurde über eine Bestandsaufnahme („stocktaking exercise“) anhand des globalen Indikatorenrahmens geprüft.

Die CES wird außerdem ein Set von Statistiken und Indikatoren über den Klimawandel erarbeiten.

Entwurf für ein „Generic Law on Official Statistics“

Darüber hinaus wurde der Entwurf für ein allgemeines Statistikgesetz („Generic Law on Official Statistics“) als Empfehlung für Staaten in Osteuropa, Zentralasien und dem Kaukasus vorgestellt. Dieser Vorschlag für ein idealtypisches Statistikgesetz wurde von einer Arbeitsgruppe hochrangiger Experten aus dem Bereich der internationalen Statistik erarbeitet und dient dem statistical capacity building. Es handelt sich nicht um ein rechtliches Instrument, sondern um best practice. Der Vorschlag wurde positiv aufgenommen und ausdrücklich von allen Delegationen begrüßt. Zur Fortführung der Arbeiten setzte die CES eine Task Force ein, die sich u. a. mit den Themen professionelle Unabhängigkeit, Koordinierung nationaler statistischer Systeme, Zugang zu Daten aus privaten und Verwaltungsquellen und Kooperation mit Katasterämtern befassen soll.

Weitere Themen der CES waren die Messung von Humankapital, Leitlinien zu zirkulärer Migration und altersbezogene Statistiken.

Die nächste Sitzung der CES findet vom 19. –21. Juni 2017 in Verbindung mit der Jahrestagung des OECD-Statistikausschusses (CSSP) in Genf statt. Als Themenschwerpunkte wurden die Themen „Armutsmessung“ und „Statistiker der Zukunft“ vereinbart.



8. Europäische Konferenz „Qualität der amtlichen Statistik“ (Q 2016) mit 450 Teilnehmenden in Madrid



Das spanische Statistikamt INE richtete zusammen mit Eurostat vom 31. Mai–3. Juni in Madrid die achte „European Conference on Quality in Official Statistics“ aus. Die „Q2016“ fand im Rahmen einer Reihe zweijährlicher Konferenzen zu Qualitäts- und Methodenfragen in der amtlichen Statistik statt. Die

Konferenzreihe ist inzwischen das wichtigste Expertenforum für Methoden und Qualität in der amtlichen Statistik Europas. Etwa 450 Personen nahmen an der Konferenz teil. Ihr internationaler Stellenwert zeigt sich auch an den vielen Teilnehmenden aus Übersee sowie von internationalen Organisationen (bspw. UNECE, OECD).

Am Tag vor der eigentlichen Konferenz (31. Mai) fanden parallel fünf Trainingskurse statt. Beschäftigte des Statistischen Bundesamtes besuchten Kurse zur Datenvisualisierung für die Kommunikation der amtlichen Statistik, zu Multi-Source Statistics, zu Big Data und zur Modernisierung der Produktionssysteme der amtlichen Statistik.

Im Mittelpunkt der Q2016 standen in 40 teilweise parallelen Sitzungen etwa 180 Beiträge zu einer großen Bandbreite von Fragen zu Qualität und Methoden der amtlichen Statistik. Das Themenspektrum umfasste den gesamten Prozess der Statistikerstellung und des Qualitätsmanagements. Angesprochen wurden Fragen der Qualitätsmessung und -bewertung, Standardisierung, Methoden (z. B. modellbasierte Schätzungen und Verwaltungsdatenverwendung) sowie der Qualität einzelner Statistikbereiche (wie Haushalts- und Sozialstatistiken, Unternehmensregister, Wirtschaftsstatistiken), die Modernisierung der IT-Technologien und der Datenerhebungen zur Verbesserung der Datenqualität sowie neuere Themen wie Big Data, Koordinierung von Statistiksystemen und Multi-Source Statistics.

Das Statistische Bundesamt war mit elf Vorträgen vertreten:

- Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Christoph Bergmann: DATA VISUALIZATION – HOW TO ENSURE UNDERSTANDABLE AND SUSTAINABLE STATISTICAL PRODUCTS
- Yvonne Vatter: STRATEGIC PLANNING IN A DECENTRALISED STATISTICAL SYSTEM – THE GERMAN EXAMPLE
- Karen Blanke, Oliver Paulus, Thomas Riede: MODERNISATION OF GERMAN HOUSEHOLD SURVEYS: MODULARISATION & MIXED-MODE – FUTURE CHALLENGES
- Thorsten Tümmeler: QUALITY DATA SHEETS
- Mirko Herzner: QUALITY GUIDELINES
- Irina Meinke: COMMUNICATING REVISIONS AND THE TIMING OF REVISIONS TO USERS
- Sabine Sattelberger: HOW TO TAILOR PRESS WORK IF QUALITY STANDARDS OF OFFICIAL STATISTICS CONFLICT WITH MEDIA INTERESTS
- Lucas Quensel-von Kalben: VALIDATION IN THE ESS: A MEMBER STATE PERSPECTIVE
- Roland Sturm: DATED – UNDATED – OUTDATED: THE ISSUE OF TIME STAMPS AND REFERENCE DATES IN THE STATISTICAL BUSINESS REGISTER



- Dr. Martina Rengers: BIG DATA IN OFFICIAL STATISTICS: ESTIMATE JOB VACANCIES BY USING WEBSCRAPING TECHNIQUES
- Ilda Duarte-Fernandes: THE ASYMMETRY DILEMMA WITH INTRASTAT – WHICH DATA IS THE BETTER ONE? NATIONAL EXPERIENCES OUT OF THE ESS VIP „REDESIGN OF INTRASTAT”

Die Ergebnisse der Q2016 fließen unter anderem in die Entwicklungsarbeiten zum Management der Datenqualität des Referats B 203 ein und werden im Netzwerk Datenqualität berücksichtigt. Außerdem konnten Kontakte mit anderen Tagungsteilnehmern geknüpft werden, die für einen weiteren Erfahrungsaustausch zu den vorgestellten Themen wichtig sein werden. So konnten im Hinblick auf die vorgestellten Arbeiten zu einer Pilotstudie des ESSnet-Projekts Big Data, welche die Datengewinnungspotentiale von Online-Jobportalen untersucht, Möglichkeiten der Zusammenarbeit beim Datenaustausch und der Analyse der offenen Stellen des Jobportals der Bundesagentur für Arbeit mit der dortigen Leiterin Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung besprochen werden. Weiterhin können die Vorträge zu neueren Themen, wie etwa Big Data, für Anregungen eigener Maßnahmen genutzt werden.

In der abschließenden Podiumsdiskussion äußerten Mariana Kotzeva (Eurostat), Konrad Pesendorfer (Statistik Austria), Alfredo Christobal (INE), Martti Hetemäki (European Statistical Governance Advisory Board, ESGAB) und Juan Peñalosa (Bank of Spain) ihre Ansichten zum Thema „High Quality Statistics in Changing Landscape – Challenges ahead“.

Informationen zu Sessions und Beiträgen: www.q2016.es



Auf dem Podium der „Q2016“ (von links): Gregorio Izquierdo (INE), Miguel De Castro (INE), Mariana Kotzeva (Eurostat), Wayne Smith (Statistics Canada).



Im Gespräch mit Innenstaatssekretär Klaus Vitt



Von links: Martin Beck, Angela Schaff, Hans-Peter-Lüüs, Dieter Sarreither, Klaus Vitt, Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Dr. Sabine Bechtold, Beate Glitza, Albert Braakmann.

Klaus Vitt, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern (BMI), besuchte am 5. April das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Seit 1. Oktober 2015 ist der Mathematiker und Informatiker Klaus Vitt als dritter beamteter Staatssekretär im BMI zuständig für IT und Verwaltungsmodernisierung; zugleich ist er auch „Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik“.

„Sie sind sehr professionell und hochstandardisiert. Das Statistische Bundesamt verfügt über einen hohen Reifegrad. Ihre Kommunikationsstrategie und Ihren Qualitätsanspruch finde ich sehr konsequent.“ So lautete sein Kommentar am Ende des Besuchs.

Zum Auftakt der Gesprächsrunde erläuterte Präsident Dieter Sarreither die Vielfalt des Statistikprogramms und verdeutlichte die Komplexität der Prozesse – Methodik, Produktion, Kommunikation. Dabei hob er die statistischen Indikatoren hervor, die regelmäßig im öffentlichen Fokus stehen: Wirtschaft, Finanzen, Soziales, Umwelt – für zahlreiche Politikfelder sind sie von hoher Relevanz.

Staatssekretär Vitt interessierte sich vor allem für die Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder, die gemeinsame Nutzung von Daten sowie die Weiterentwicklung von Statistiken. Entsprechend erläuterte Dr. Sabine Bechtold, Leiterin der Abteilung F „Bevölkerung, Finanzen und Steuern“, die Optimierungsmöglichkeiten eines registergestützten Zensus und wie intensiv die statistischen Ämter den kommenden Zensus 2021 vorbereiten – methodisch, rechtlich und IT-seitig. Dr. Bechtold sprach auch die Qualität der Melderegisterdaten und die Vorteile eines zentralen Bundesmelderegisters am Beispiel von Österreich und der Schweiz an und stellte die Weiterentwicklung des Mikrozensus und die damit verbundene Integration der Haushaltshebungen kurz vor.

Indem Staatssekretär Vitt selbst die Folgen der Digitalisierung und die steigende Datenfülle (Big Data) ansprach, lag das nächste Thema auf dem Tisch: Im Zusammenhang mit neuen Informationsinfrastrukturen skizzierte Beate Glitza die Herausforderungen für die amtliche Statistik und ihre vielfältigen Prozesse. „Ihr anerkanntes Geschäftsprozessmodell „GMAS“ finde ich gut“, so Staatssekretär Vitt. Er erhielt einen



Einblick in die Grundlagenarbeit von statistischen Methoden, Bereitstellung von Werkzeugen, IT-Services und das weite Feld der Standardisierung. Auch die bisherige Zusammenarbeit mit dem Informationstechnikzentrum Bund (ITZBund) wurde angesprochen.

Anschließend stellte Hans-Peter Lüüs, Leiter der Gruppe A 1 „Organisation, Haushalt, Innerer Dienst“, den Planungs- und Steuerungsmechanismus sowie das Prozessmanagement des Statistischen Bundesamtes anhand von Beispielen vor. In der Diskussion interessierte sich Staatssekretär Vitt vor allem für die mittelfristige Planung und das Controlling.

Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Leiterin der Abteilung B „Strategie- und Planung, Internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation“, stellte die neue „Kommunikationsstrategie 2020“ mit ihren fünf Zielen sowie die Bandbreite der inter- und supranationalen Beziehungen des Statistischen Bundesamtes vor. Die weitere Diskussion ging über auf Internetangebote im Allgemeinen: Zugänglichkeit, Benutzerfreundlichkeit, Navigationsstruktur und Suchverhalten. Der Meinungs austausch verdeutlichte, wie schnell sich mittlerweile das Nutzerverhalten bei Internetangeboten ändert und wie wichtig es ist, darüber dauerhaft verlässliche Informationen zu haben, um wirksam reagieren zu können.

Zum Abschluss wurden noch ausgewählte Herausforderungen im Bereich der Wirtschafts- und Unternehmensstatistiken sowie der Nachhaltigkeitsindikatoren skizziert. Albert Braakmann, Leiter der Gruppe D 2 „Nationaleinkommen, Sektorkonten, Erwerbstätigkeit“, ging unter anderem darauf ein, dass der Umfang der regelmäßig zu liefernden VGR-Angaben und preisstatistischen Ergebnisse international bestimmt ist und wie Destatis diese Aufgaben meistert. Gerade auf europäischer Ebene verschärfen sich tendenziell die Kontrollen bei den Finanzstatistiken und bei der Berechnung des Haushaltsdefizits. Auch umriss er kurz die aktuellen Diskussionen über die Relevanz des BIP in Zeiten der Digitalisierung, insbesondere in Übergangsphasen von technologischen Neuerungen (Stichwort: Produktivität). Dabei verwies er auf die Nutzung von IT-Tools, wie des Web-Scrapings, zur Erstellung von Preisstatistiken.

Dass sich die VGR nicht von selbst macht, sondern sich traditionell auf zahlreiche Basisstatistiken zum Unternehmensgeschehen stützt, verdeutlichte Martin Beck, Leiter der Gruppe E 1 „Unternehmensregister, Klassifikationen, Verdienste, übergreifende Unternehmensstatistiken“. Allein bei den Unternehmensstatistiken sind regelmäßig etwa 550 Solltermine im Jahr für die Ergebnisveröffentlichung zu erfüllen. Politisch hochrelevant sind die Daten zu den Tarif- und Bruttoverdiensten und deren Entwicklung, die das Statistische Bundesamt für die Mindestlohnkommission zur Verfügung stellt. Mit Blick auf effiziente Arbeitsprozesse in der amtlichen Statistik kam auch die belastungsarme Datengewinnung aus Quellen der Arbeits- und Finanzverwaltungen für das Unternehmensregister zur Sprache.

Abgerundet wurde das Gespräch durch die nationalen und internationalen Nachhaltigkeitsindikatoren. Angela Schaff, Leiterin der Abteilung G „Landwirtschaft, Umwelt, Außenhandel“, umriss die aktuellen Entwicklungen und Abstimmungsprozesse. Dabei hob sie das Engagement und die langjährige Expertise von Destatis auf diesem Gebiet besonders hervor.

Nach dem fachlichen Austausch nahm sich Staatssekretär Vitt noch die Zeit für ein Gespräch mit den Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten.



Tagung des Arbeitskreises „Mathematisch-Statistische Methoden“

Die mit über 40 Personen gut besuchte Tagung des Arbeitskreises mathematisch-statistische Methoden am 16./17. Juni in Wiesbaden startete mit einem Vortrag von Dr. Siegfried Gabler und Stefan Zins, beide vom GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.

Beide berichteten über ein neues Verfahren zur stochastischen Rundung. Es kann etwa bei geschichteten Stichproben zur Rundung von formelmäßig hergeleiteten nicht ganzzahligen schichtspezifischen Stichprobenumfängen auf praxistaugliche ganzzahlige Werte verwendet werden kann.



Blick in die Tagung des Arbeitskreises mathematisch-statistische Methoden.

Mit der mathematischen Herleitung von Support Vector Machines, einer Methode nichtparametrischen-statistischen Lernens zur Klassifizierung von Daten oder zur Regression, beschäftigte sich der zweite Vortrag von Florian Dumpert (Universität Bayreuth). Den Abschluss bildeten hier verschiedene Anwendungsbeispiele aus der amtlichen Statistik.

Im nächsten Beitrag erläuterte Dr. Andreas Berg (Statistisches Bundesamt, C 102), wie sich Ergebnisse - hier besonders Armutsmaße - der Erhebung „Leben in Europa“ (EU-SILC) besser regionalisieren lassen, wobei die Realisierung vor allem über Small-Area Verfahren erreicht werden soll. Der erste Tag der Veranstaltung endete mit einem Vortrag von Hariolf Merkle und Simon Schmaus (Universität Trier) zur Erzeugung von synthetischen, aber realitätsnahen Grundgesamtheiten. Auf dieser Datenbasis können durch Simulationen Eigenschaften und Besonderheiten mathematisch-statistischer Methoden unter praxisrelevanten Umständen evaluiert werden.

Am zweiten Tag stellte zunächst Martin Rupp (Universität Trier) Methoden zur optimalen multivariaten Allokation des Gesamtstichprobenumfangs in geschichteten Stichprobendesigns vor, die eine beliebige Kombination von nicht notwendigerweise hierarchischen Schichtungsebenen berücksichtigen. Er diskutierte unter anderem die Verwendung von Varianzobergrenzen für ausgewählte Schichten sowie den Umgang mit Optimierungskonflikten, die durch heterogene Hilfsinformationen und komplementäre interessierende Variablen entstehen können. Anschließend referierte Ulf Friedrich (Universität Trier) über verschiedene Allokationsverfahren für geschichtete Stichproben zur Bestimmung ganzzahliger schichtspezifischer Stichprobenumfänge, die gegenüber Verfahren mit nachträglich gerundeten schichtspezifischen Stichprobenumfängen zu präziseren Stichprobenergebnissen führen.

Patricia Dörr (Universität Trier) stellte Methoden und deren Voraussetzungen vor, unter denen bei wiederholten Erhebungen Informationen aus zurückliegenden Erhebungen genutzt werden können, um momentane Punktschätzer zu verbessern. Prof. Dr. Ralf Münnich (Universität Trier) sprach über kohärente Schätzungen auf verschiedenen



Ebenen im Zensus. Bei der feingliedrigen Ermittlung von Ergebnissen für Teilgesamtheiten kam es beim Zensus 2011 in Einzelfällen zu einer stärkeren Abweichung der hochgerechneten Stichprobenergebnisse von bekannten Werten in der Grundgesamtheit. Im Vortrag wurde ein Verfahren vorgestellt, das aufzeigt, wie diese Kohärenzprobleme im Rahmen einer iterativen Betrachtung reduziert werden können.

Besuch aus dem Statistikamt Bangladesch informiert sich über Migrationsstatistik

Am 17. Juni besuchte eine Delegation des Bangladesh Bureau of Statistics (BBS) und der ihm übergeordneten Planungskommission der Regierung von Bangladesch das



Besucher aus dem Statistikamt Bangladesch und Peter Schmidt (3. von links).

Statistische Bundesamt in Wiesbaden.

In Vertretung der Amtsleitung begrüßte Peter Schmidt (L E) die fünfköpfige Delegation. Nach einer Präsentation des Systems der deutschen amtlichen Statistik und der internationalen Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes durch Ringo Raupach (Leiter des Referats B 104 „Bilaterale und internationale Kooperation, Berichtssysteme“) stellten die Gäste das Bangladesh Bureau of Statistics vor.

Anlass für den Besuch der Delegation aus Bangladesch bildete der Informationswunsch im Bereich Migrationsstatistik. Dazu hatte die Delegation schon die Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) in Bielefeld besucht und sich dort mit einer Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge sowie einer Außenstelle für Registrierung und Unterbringung von Flüchtlingen vertraut gemacht. Das Fachprogramm bestritten Florian Göttliche (Referat F 204 „Ausländer- und Integrationsstatistiken, Wohnen“), der insbesondere auf das Thema Wanderung einging, und Dr. Gunter Brückner (Referatsleiter F 204), der die Messung der Migrationsaktivitäten in Deutschland erläuterte und weitere Fragen der Gäste aus Bangladesch beantwortete. Einen wichtigen Diskussionspunkt bildete dabei die Problematik der illegalen Migration. In Bangladesch leben etwa eine halbe Million nicht registrierter Rohingya, eine aus Myanmar stammende Ethnie. Um Defizite bei der Erfassung zu beheben, setzt das Statistikamt Bangladesch derzeit ein Datenbank-Projekt zur Registrierung dieser Bevölkerungsgruppe um.

Bundesstatistikgesetz mit wesentlichen Neuerungen

Am 17. Juni wurde das „Gesetz zur Änderung des Bundesstatistikgesetzes und anderer Statistikgesetze“ endgültig verabschiedet. Die Novelle modernisiert den rechtlichen Rahmen der Bundesstatistik und dient der Entlastung, Flexibilisierung, Harmonisierung sowie der Rechtsklarheit. Das Gesetz zielt darauf ab, Wirtschaft und Privatpersonen von statistischen Auskunftspflichten noch weiter zu entlasten, indem vorrangig verstärkt geeignete Daten verwendet werden sollen, die bei Stellen der öffentlichen Verwaltung bereits vorliegen.

Weitere Änderungen dienen der stärkeren Flexibilisierung des Programms der Bundesstatistik mit dem Ziel, schneller und einfacher sich ändernde Datenanforderungen der Europäischen Union und oberster Bundesbehörden abdecken zu können. So ist es künftig erlaubt, durch Rechtsverordnung Bundesstatistiken zur Erfüllung von EU-Lieferverpflichtungen anzuordnen und freiwillige Erhebungen für besondere Zwecke einfacher durchzuführen. Zur Harmonisierung des deutschen Rechts mit dem europäischen Recht sieht die Novellierung zudem eine Verbesserung der Forschungs- und Analysemöglichkeiten für die unabhängige Wissenschaft durch einen erweiterten Zugang zu statistischen Daten in speziell abgesicherten Bereichen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder vor.

Neu ist eine Regelung zur Führung eines reinen Anschriftenregisters beim Statistischen Bundesamt, das beispielsweise die Stichprobenplanung und deren methodische Weiterentwicklung im Amt vereinfachen soll. Gleichzeitig wird Rechtsklarheit geschaffen, indem Regelungen umstrukturiert oder aufgehoben werden. Hervorzuheben ist das bisher nur ansatzweise im Bundesstatistikgesetz geregelte statistische Unternehmensregister (Statistikregister), das nun verständlich und umfassend normiert wurde. Das Statistikregister bildet die Grundlage für eine effiziente Durchführung von Wirtschafts- und Umweltstatistiken. Es stellt die wesentliche Infrastruktur für alle Phasen der statistischen Erhebungen von der Planung bis zur Auswertung der Ergebnisse dar.

Änderung des Hochschulstatistikgesetzes

Das Hochschulstatistikgesetz (HStatG) wurde durch Gesetz vom 2. März 2016 (BGBl. I S. 342) an verschiedenen Stellen umfangreich neu gestaltet.

Ziel des geänderten Gesetzes ist es, empirisch valide Datengrundlagen bereitzustellen, die den Veränderungen der Hochschullandschaft in den letzten Jahren und den Lieferverpflichtungen an Eurostat Rechnung tragen:

- Durch die Einführung einer Studienverlaufsstatistik können die gestuften Studiengänge und die Promotionsphase adäquat erfasst werden. Es wird ein Verfahren angewendet, das mit datenschutzrechtlichen Anforderungen vereinbar ist und auf Verwaltungsdaten der Hochschulen basiert.
- Die Erweiterung des Merkmalskatalogs zur Studierenden- und Prüfungsstatistik, zur Personalstatistik sowie für die Berufsakademien dient vor allem zur Erfüllung der Lieferverpflichtungen Deutschlands an Eurostat.
- Mit der Erweiterung des Merkmalskatalogs zum wissenschaftlichen Personal und der Aufnahme aller Promovierenden wird die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses besser abgebildet.
- Durch die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für eine zentrale Auswertungsdatenbank wird die flexibel und zeitnahe Erstellung von Standard- und Sonderauswertungen gesichert.

Die Gesetzesänderungen sind am 1. März 2016 in Kraft getreten.

Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) wurde durch Gesetz vom 4. April 2016 (BGBl. I S. 585, 1186) geändert.

Über die Förderung nach § 27 AFBG wird eine Bundesstatistik durchgeführt. Die jährliche Bundesstatistik wird um eine halbjährliche Bundesstatistik ergänzt und ersetzt somit die bisher zusätzlich zu der jährlichen Bundesstatistik von den Ländern gesondert erhobene Quartalsstatistik zur Trend- und Mittelbedarfsermittlung des AFBG. Der Meldeaufwand wird durch die Vergrößerung des Intervalls für die Länder reduziert, erhöht aber zugleich die Belastbarkeit der Zahlen. Darüber hinaus wird die Bundesstatistik mit Angaben zu den Abbrüchen und Unterbrechungen der beruflichen Vorqualifikation sowie der vorhandenen Hochschulabschlüsse ergänzt.

Das Gesetz tritt am 1. August 2016 in Kraft.

Jahresbericht 2015

Der Jahresbericht des Statistischen Bundesamtes erscheint seit nun 13 Jahren. Er lässt sich als [elektronische Ausgabe](#) von der Internetseite des Statistischen Bundesamtes herunterladen oder kann als gedruckte Ausgabe beim Statistischen Bundesamt angefordert werden.



Die aktuelle Ausgabe zeigt unter anderem, wie Abgeordnetendiäten, die Berechnung des Mindestlohnes oder der bürokratische Aufwand für Unternehmen mit der amtlichen Statistik zusammenhängen.

Prof. Helge Braun, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, äußert sich zur Lebenslagenbefragung von Unternehmen, die das Team „Bürokratiekostenmessung“ des Statistischen Bundesamtes durchgeführt hat. Stefan Schweinfest, Direktor für Statistik bei den Vereinten Nationen, gibt Einblicke in die internationalen Anforderungen an statistische Systeme. Außerdem werden die Qualitätsstandards vorgestellt, auf denen die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes basieren.

Datenreport 2016



Mit einer Pressekonferenz zum Thema „Migration und Integration“ wurde am 3. Mai in Berlin der neue Datenreport 2016 vorgestellt. Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Leiterin der Abteilung B des Statistischen Bundesamtes, präsentierte den neuen Sozialbericht für Deutschland gemeinsam mit Prof. Jutta Allmendinger und Dr. Mareike Bünning (beide vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, WZB) sowie Thomas Krüger, dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung.

Moderiert wurde die Pressekonferenz von Klaus Pötzsch, Pressesprecher des Statistischen Bundesamtes. Der Andrang der Journalistinnen und Journalisten sowie Kamerateams war groß. Auch das anschließende Hintergrundgespräch beim i-Punkt war gut besucht. Neben zahlreichen Personen aus Politik und Wissenschaft hörte auch der Bundestagsabgeordnete Matthias Schmidt interessiert zu. Das Gespräch wurde von Claudia Brunner (Leiterin der Gruppe B i-Punkt „Hauptstadt-service, Kundenkommunikation, Internationale Statistik“) moderiert. Kerstin Hänssel (Leiterin des Referats B 307 „Wissenschaftsredaktion“) warb kurz für die Nutzung des Datenreports bei der politischen Arbeit und Dr. Gunter Brückner (Leiter des Referats F 204 „Ausländer- und Integrationsstatistiken, Wohnen“) sowie Dr. Mareike Bünning (WZB) stellten – diesmal etwas ausführlichere – Analysen über Migrantinnen und Migranten in Deutschland und deren Lebenssituation vor.

OECD-Wirtschaftsbericht für Deutschland



Regelmäßig analysiert die OECD Volkswirtschaften ihrer Mitgliedsländer und einiger größerer Drittstaaten. Die Wirtschaftsberichte entstehen im Rahmen eines Peer Reviews und enthalten Empfehlungen, die den Konsens aller 34 OECD-Mitglieder spiegeln.

Der aktuelle OECD-Wirtschaftsbericht für Deutschland vom April 2016 untersucht die jüngsten Entwicklungen, Maßnahmen und Aussichten der deutschen Wirtschaft. Er kommt zu dem Ergebnis, dass Deutschland in einer soliden wirtschaftlichen Verfassung ist. Allerdings erfordere der demografische und technologische Wandel neue Investitionen in soziale Infrastrukturen sowie die Steigerung der Produktivität. Die Veröffentlichung kann unter www.oecd.org kostenlos heruntergeladen oder kostenpflichtig bestellt werden.

Broschüre „Ältere Menschen in Deutschland und der EU“



Auf 99 Seiten informiert die im Juli erschienene Broschüre „Ältere Menschen in Deutschland und der EU“ über Lebensumstände der über 65-Jährigen: ihren Anteil an der Gesellschaft, ihre Rolle im Erwerbsleben, ihre finanzielle und gesundheitliche Situation, ihre Wohn- und Familienverhältnisse. Die vom Statistischen Bundesamt mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellte Veröffentlichung kann unter destatis.de > [Veröffentlichungen](#) heruntergeladen oder als gedruckte Ausgabe beim Statistischen Bundesamt angefordert werden.

Wissenschaftliche Tagung „Arbeitsmarkt und Migration“



Von links: Thomas Körner (Leiter Referat F 206), Dr. Sabine Bechtold (Leiterin Abteilung F), Stephan Lüken (Leiter Gruppe F 2) und Frank Schüller (Leiter Referat F 205).

Am 31. Mai und 1. Juni traf sich auf Einladung des Fachausschusses „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“ ein großer Kreis von Fachleuten aus der Arbeitsmarktforschung, der amtlichen Statistik und der Arbeitsmarktpolitik zur wissenschaftlichen Tagung „Arbeitsmarkt und Migration“ im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden.

Rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wissenschaft und Politik,

Verbänden, Bund, Ländern und Eurostat gingen der Frage nach, wie die Entwicklung und der Zusammenhang von Migration und Arbeitsmarkt – gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion in Deutschland – im Lichte der aktuellen Daten einzuschätzen ist.

Die Vielfalt des Themas zeigte sich im breiten Spektrum der Beiträge, die sich den unterschiedlichsten Fragen widmeten, wie der Integration von Personen mit Migrationshintergrund, den Fähigkeiten der Zugewanderten, den Auswirkungen der Zuwanderung auf Arbeitsangebot und -nachfrage und auch den Perspektiven neuer Datenquellen.

Neben den empirischen Befunden zu aktuellen und vergangenen Entwicklungen wurden in einer lebhaften Diskussion auch die künftigen Anforderungen an die amtliche Statistik und deren mögliche Umsetzung diskutiert.



Fachausschuss „Sozialhilfe-/Pflege-/Kinder- und Jugendhilfestatistik“

Am 9. Juni tagte in der Zweigstelle Bonn des Statistischen Bundesamtes der Fachausschuss „Sozialhilfe-/Pflege-/Kinder- und Jugendhilfestatistik“. Dr. Ruth Brand, Leiterin der Abteilung H „Gesundheit, Soziales, Bildung, Private Haushalte“ begrüßte rund 50 Vertreterinnen und Vertreter von Softwarefirmen und IT-Dienstleistern, Berichtsstellen, Statistischen Ämtern der Länder, Landeswohlfahrtsverbänden, Obersten Landessozialbehörden sowie der Bundesagentur für Arbeit.

Diskutiert wurden die Neukonzeption und die Ergebnisse der Grundsicherungsstatistik nach dem Zwölften Kapitel Sozialgesetzbuch (SGB XII), die Chancen und Risiken der Nutzung von Verwaltungsdaten am Beispiel der Asylbewerberleistungs- und Wohngeldstatistik und die elektronische Datenübermittlung mit eSTATISTIK.core.

Beratungsgremium „Grundsicherungsstatistik“ beschlossen

Der Fachausschuss beschloss die Einrichtung eines Beratungsgremiums, das einmal jährlich Themen der Durchführung der Grundsicherungsstatistik behandeln soll. Er sieht in diesem Beratungsgremium, in dem unter anderen die Softwareanbieter und Berichtsstellen vertreten sein sollen, neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt. Die auf dem Fachausschuss geführte Diskussion um die Nutzung und Interpretation von Verwaltungsdaten verdeutlichte erneut, wie schwierig es sein kann, die Interessen der Datennutzer mit den Möglichkeiten der Datenerfassung in den Berichtsstellen in Einklang zu bringen. Im Vordergrund des Austausches zur elektronischen Datenübermittlung standen die Einsatzmöglichkeiten des CORE.reporter und der CORE-Webanwendung.

Das Statistische Bundesamt informierte den Fachausschuss zudem über aktuelle Entwicklungen und anstehende (gesetzliche) Änderungen in den Statistiken nach dem SGB XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz und dem Wohngeldgesetz. Die Teilnehmenden nutzten den Fachausschuss zu einem angeregten und sehr konstruktiven Informations- und Meinungsaustausch zwischen Datenproduzenten und Datennutzern.



Nutzertagung zur Novelle des Energiestatistikgesetzes

Auf Einladung des Referats E 207 „Energie, Ver- und Entsorgungswirtschaft“ des Statistischen Bundesamtes trafen sich am 21. Juni rund 70 Fachleute aus Wirtschaft, Forschung, Politik und aus den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder zur [„Nutzertagung zur Novelle des Energiestatistikgesetzes“](#) im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden. Anlass war die bevorstehende Novellierung des Energiestatistikgesetzes (EnStatG).

Eines der Ziele der Veranstaltung war, den Nutzerinnen und Nutzern der amtlichen Energiestatistik einen Überblick über den Sachstand und die Ziele der Novelle sowie der sich aus den Änderungen ergebenden Konsequenzen zu geben. Den Teilnehmenden wurde aber auch die Möglichkeit gegeben, von eigenen Erfahrungen mit der Nutzung der statistischen Daten zu berichten und die Anforderungen, die von ihrer Seite an die Energiestatistiken gestellt werden, zu erläutern.

Von dieser Möglichkeit wurde reger Gebrauch gemacht. An die jeweiligen Fachvorträge, unter anderem von Vertreterinnen und Vertretern von Eurostat und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, schlossen sich lebhafte Diskussionen an.

Aufgrund der nun anstehenden Änderungen in den amtlichen Energiestatistiken sowie der sich stetig ändernden Datenbedarfe sprachen sich viele Teilnehmende für eine Wiederholung der Tagung aus.



Nutzertagung „Energiestatistikgesetz“ im Gerhard-Fürst-Saal des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden.



Verkehrsstatistische Vorhaben von BMVI, KBA und BAG

Am 29. April tagte die Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“ der statistischen Ämter in Wiesbaden. Das Statistische Bundesamt informierte bei dieser Gelegenheit auch über anstehende verkehrsstatistische Vorhaben anderer Institutionen.

Erhebung „Mobilität in Deutschland“

So steht gerade die Erhebung zur „Mobilität in Deutschland“ (MiD) an. Dies ist die größte und wichtigste Befragung zur privaten (Alltags-) Mobilität in Deutschland. Befragt werden fast 135 000 Haushalte, davon 30 000 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und über 100 000 im Auftrag von 10 beteiligten Bundesländern, von Verkehrsverbänden, und Kommunen sowie Kommunalverbänden. Die MiD wurde bisher in den Jahren 2002 und 2008 durchgeführt.

Die Feldphase zur MiD 2016 hat im Mai begonnen und wird bis Mai 2017 laufen. Ergebnisse werden für Ende 2017 erwartet, Berichte für 2018. Durchgeführt wird die Erhebung von der „infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft“ GmbH, Bonn.

Die Teilnehmer der Studie werden mittels einer Stichprobe auf Basis von Einwohnermeldedaten oder Zufallsauswahlen von Telefonnummern ermittelt. Die Erhebung beginnt mit einem Haushaltsinterview per Telefon oder online: Ein Mitglied des per Stichprobe ausgewählten Haushalts wird zunächst allgemein zu seinem Haushalt befragt. Hierbei wird unter anderem die Zahl der Haushaltsmitglieder erfasst.

Dann erhalten sämtliche Haushaltsmitglieder Erhebungsunterlagen, um ihre zurückgelegten Wege an einem vorgegebenen Berichtstag zu erfassen. Dieser Berichtstag wird per Zufallsauswahl von infas vorgegeben. Die Tage werden so verteilt, dass zu jedem Tag im Jahr (Arbeitstag, Wochenende, Feiertag, Ferienzeit) gleichmäßig viele Erfassungen vorhanden sind, so dass die Mobilität eines ganzen Jahres erfasst ist.

Das einzelne Haushaltsmitglied muss dementsprechend für den vorgegebenen Tag alle Wege, unabhängig vom genutzten Verkehrsmittel (auch zu Fuß) angeben. Wenn überhaupt keine Wege zurückgelegt wurden, soll auch das berichtet werden.

Weitere Informationen unter www.mobilitaet-in-deutschland.de

KFP-Kraftfahrerpanel

Im Kraftfahrtbundesamt wird ein Kraftfahrer-Panel aufgebaut mit Längsschnittdaten zum Fahrerlaubniserwerb, zur Fahreignung und zur Verkehrsauffälligkeit. Ziel ist, Aussagen für verkehrspolitische Entscheidungen sowie für Verkehrssicherheitsforschung zu ermöglichen. Seit Februar 2016 läuft der Pilot zur Befüllung ausgewählter Subgruppen (junge Verkehrsteilnehmer, ältere Verkehrsteilnehmer, Personen mit Fahrerlaubnisentzug). 2017 soll das endgültige Stichprobenkonzept festgelegt werden.

Strukturerhebung durch das Bundesamt für Güterverkehr (BAG)

Das Bundesamt für Güterverkehr führt derzeit die Erhebung zur „Struktur der Unternehmen des gewerblichen Verkehrs und des Werkverkehrs“ durch. Anfang November 2015 wurden hierfür im Rahmen einer Stichprobenerhebung auf Grundlage der Verkehrsunternehmensdatei und der Werkverkehrsdatei insgesamt rund 10 000 Unternehmen des gewerblichen Güterkraftverkehrs und des Werkverkehrs ausgewählt. Die mittlerweile fünfjährige, stichtagsbezogene Erhebung erfolgt erstmals als reines Online-Verfahren. Die Veröffentlichung der Ergebnisse dürfte nicht vor Mitte des Jahres 2016 erfolgen.



Ausgabe 2016 von „Schulen auf einen Blick“ erschienen

Die Broschüre „[Schulen auf einen Blick](#)“ gibt einen Überblick über die wichtigsten nationalen Kennzahlen allgemeinbildender Schulen in Deutschland. Beginnend mit der Einschulung enthält sie Kennzahlen zur Schulzeit und zum Schulerfolg. Ebenso werden Kennzahlen zum Schulbetrieb und zu den Ausgaben für Schulen „auf einen Blick“ dargestellt.

Das Augenmerk liegt auf allgemeinbildenden Schulen. Jedoch sind berufsbildende und allgemeinbildende Systeme heute stärker als früher miteinander verknüpft. Zudem können allgemeinbildende Schulabschlüsse auch an beruflichen Schulen erlangt werden. So werden in Einzelfällen, wie bei der Berechnung der Studienberechtigtenquote, die beruflichen Schulen einbezogen.

Die Broschüre richtet sich an die interessierte Öffentlichkeit sowie an Politik und Wissenschaft. Sie bietet einen kompakten Überblick über Strukturen und aktuelle Entwicklungen innerhalb der deutschen Schullandschaft. Anhand von Kennzahlen werden die wesentlichen Leistungsmerkmale im Schulbereich zwischen den Bundesländern, den ausgewählten Schularten, den Klassenstufen und Bildungsbereichen vergleichbar gemacht. Im Fokus der dritten Ausgabe dieser Veröffentlichung stehen Ergebnisse aus dem Schuljahr 2014/15 sowie der Zehnjahresvergleich zu Ergebnissen aus dem Schuljahr 2004/05.

Zu beziehen ist die Veröffentlichung als Datei in den Formaten epub und pdf über den Internetauftritt des Statistischen Bundesamtes, Bereich „Bildung, Forschung, Kultur“.

Nutzerkonferenz „Immobilienpreise – Was bietet die amtliche Statistik?“

Am 30. Juni fand im Statistischen Bundesamt die Nutzerkonferenz "Immobilienpreise – Was bietet die amtliche Statistik?" statt. Präsident Dieter Sarreither begrüßte über 60 Teilnehmende von den Oberen Gutachterausschüssen für Grundstückswerte, Fachleute für Immobiliendaten, Vertreterinnen und Vertreter der Statistischen Landesämter, der Wissenschaft, des Bundesministeriums für Umwelt und Bau, von Software-Firmen sowie von Eurostat, der Bundesbank und der Europäischen Zentralbank und aus dem Hause. Die Nutzerkonferenz wurde von Gruppe D 3 Preise bzw. dem Referat D 301 organisiert und durchgeführt. Die Gruppe D 3 stellte dabei die konzeptionellen und methodischen Grundlagen der Preisindizes für Wohnimmobilien und die aktuellen Fortschritte vor.

Insgesamt wurden zehn Vorträge präsentiert und diskutiert. Der Vertreter von Eurostat beschrieb die Anforderungen an Immobilienpreisstatistiken aus europäischer Sicht. Ein Vertreter der Oberen Gutachterausschüsse stellte die Aufgaben und Expertise der Gutachterausschüsse und ihre Bedeutung für die amtliche Statistik dar. Die Bundesbank präsentierte ihr Indikatorensystem für den deutschen Immobilienmarkt.



Beschäftigte aus der Gruppe D3 „Preise“ des Statistischen Bundesamtes, von links: Michael Kuhn, Hubert Vorholt, Timm Behrmann, Cordula Schöneich, Eva-Maria Diehl.

Das Statistische Bundesamt stellte die konzeptionellen und methodischen Grundlagen der Preisindizes für Wohnimmobilien und die aktuellen Fortschritte vor. Weitere Themen waren die Weiterentwicklung des Häuserpreisindex insbesondere hinsichtlich regionaler Ergebnisse sowie eine Machbarkeitsstudie zur Berechnung von Preisindizes für Wirtschaftsimmobilien. Auch die Mieten im Verbraucherpreisindex und die durch die grundlegende Überarbeitung der Mietenstichprobe erreichten Verbesserungen wurden präsentiert.

Die Konferenz verlief in einer sehr guten, konstruktiven Atmosphäre. Hervorgehoben wurde von allen Seiten die Relevanz der Preisbeobachtung auf dem Immobilienmarkt aber auch die Schwierigkeiten bei der Erhebung und Verarbeitung der komplexen Daten. Betont wurde zudem der Wunsch, sich weiterhin intensiv auszutauschen und insbesondere die bisher schon sehr gute Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Gutachterausschüssen weiter fortzusetzen.



Mindestlohn steigt auf 8,84 Euro

Die Mindestlohnkommission hat erstmalig über die Anpassung des gesetzlichen Mindestlohnes entschieden: Zum 1. Januar 2017 soll dieser in Deutschland auf 8,84 Euro pro Stunde steigen.

In ihrer Geschäftsordnung hat die Mindestlohnkommission festgelegt, sich bei ihrer Entscheidung an dem monatlichen [Index der tariflichen Stundenverdienste ohne Sonderzahlungen](#) zu orientieren: Dieser Indikator ist zwischen Dezember 2014 und Juni 2016 um 3,2 % gestiegen. Die Veränderungsrate spiegelt alle Tarifabschlüsse beziehungsweise bereits vorher festgelegten Stufenerhöhungen wider, die von Januar 2015 bis einschließlich Juni 2016 zur Auszahlung gekommen sind.

Zusätzlich hat die Kommission bei ihrer Entscheidung auch den jüngst erfolgten Tarifabschluss im öffentlichen Dienst berücksichtigt: Dieser gilt rückwirkend zum 1. März 2016, wird aber erst in der zweiten Jahreshälfte zahlungswirksam. Simulationsrechnungen haben ergeben, dass sich die Veränderungsrate von + 3,2 % durch den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst auf + 4,0 % erhöht hätte.

Im April 2015 gab es in Deutschland insgesamt [1,9 Millionen Jobs auf Mindestlohn-Basis](#). Weitere Informationen stellt das Statistische Bundesamt auf seiner Internetseite im Bereich [Mindestlöhne](#) zur Verfügung.

Monatlicher Tarifindex Juni 2016 zu Dezember 2014: + 3,2 %

Der monatliche Index der tariflichen Stundenverdienste ohne Sonderzahlungen ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Zeitraum von Dezember 2014 bis Juni 2016 um 3,2 % gestiegen. Die Mindestlohnkommission hat festgelegt, dass sie sich bei der erstmaligen Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2017 an diesem Indikator orientiert.

Diese Veränderungsrate des Tarifindex spiegelt alle Tarifabschlüsse beziehungsweise bereits vorher festgelegten Stufenerhöhungen wider, die im Zeitraum von Januar 2015 bis einschließlich Juni 2016 zur Auszahlung gekommen sind. Da die jüngst erfolgten Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst und in der Metall- und Elektroindustrie erst in der zweiten Jahreshälfte 2016 zahlungswirksam werden, wurden sie nicht berücksichtigt. Simulationsrechnungen haben ergeben, dass sich die Veränderungsrate von + 3,2 % durch den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst auf + 4,0 % und durch den Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie auf + 3,7 % erhöht hätte. Beide Tarifabschlüsse zusammen hätten zu einer Steigerung von 4,4 % geführt.

In die Berechnungen des Tarifindex fließen rund 500 ausgewählte Tarifverträge und Besoldungsordnungen der Beamtinnen und Beamten ein. Da zum jetzigen Zeitpunkt bereits alle Tarifabschlüsse und Stufenerhöhungen vollständig vorliegen, die bis Ende Juni 2016 zur Auszahlung kommen, konnte die Indexberechnung für diesen Monat frühzeitig abgeschlossen werden.

Ausführliche methodische Erläuterungen zu den Tarifindizes des Statistischen Bundesamtes bietet das [Methodenpapier](#) zu dieser Statistik. Die vollständigen Zeitreihen des monatlichen Index der Tarifverdienste können über die Tabelle [„Monatlicher Index der Tarifverdienste“](#) (62231-0001) in der Datenbank GENESIS-Online abgerufen werden. Darüber hinaus werden die vierteljährlichen Ergebnisse über eine Pressemitteilung verbreitet.



Ergebnisse zur „Überschuldung privater Personen“ in Berlin präsentiert

Neueste Ergebnisse der Überschuldungsstatistik stellte Präsident Dieter Sarreither am 1. Juli im Rahmen einer Pressekonferenz in Berlin vor. Im Jahr 2015 haben in Deutschland rund 647 000 Personen wegen finanzieller Probleme die Hilfe einer der 1 400 Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Anspruch genommen. Für die Überschuldungsstatistik wurden anonymisierte Daten zu 113 000 beratenen Personen mit deren Zustimmung ausgewertet. Damit lassen sich nicht nur umfangreiche strukturelle Aussagen zu den Überschuldeten treffen, sondern auch zu den Auslösern der Überschuldung, zur Schuldenhöhe und zu den Gläubigern. Insbesondere konnte mit dem Vorurteil aufgeräumt werden, dass wer überschuldet ist, selbst daran schuld sei. „Überschuldung häufig durch unplanbare Änderungen der Lebensumstände“ lautete die Überschrift der Pressemitteilung.

Neben zahlreichen Print- und Agenturmedien kamen sieben Kamerateams ins Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz. Im Anschluss an die von Pressesprecher Klaus Pötzsch (B301) moderierte Pressekonferenz standen Präsident Sarreither sowie Ralf Droßard und Walter Joachimiak (beide E 107) für Interviews zur Verfügung. Die vollständigen Unterlagen der Pressekonferenz können im [Internet](#) abgerufen werden.

Am Nachmittag fand im i-Punkt Forum das entsprechende Hintergrundgespräch statt. Daran nahmen rund 25 Personen teil, darunter eine Reihe von Vertreterinnen und Vertretern von Schuldnerberatungsstellen, die an der Durchführung der Überschuldungsstatistik beteiligt sind. Nach der Darstellung der Ergebnisse durch Präsident Sarreither mündete die Veranstaltung in eine rege Fragerunde, in deren Rahmen die Teilnehmenden Aspekte wie die Überschuldungsintensität, die Überschuldungssituation einzelner Bevölkerungsgruppen sowie deren Schuldenstrukturen und -ursachen mit den Fachleuten des Statistischen Bundesamtes intensiv diskutierten.



52. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die 52. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) fand vom 27. bis 28. April in Stuttgart statt.

Es wurde über den aktuellen Sachstand der Novellierung des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) informiert, wo seitens der Federführung des AK VGRdL und des Statistischen Bundesamtes für die Beratung des Bundesstatistikgesetzes im Innenausschuss des Bundestages eine Stellungnahme und ein Änderungsvorschlag als Formulierungshilfe eingebracht wurden.

Des Weiteren wurden die Auswirkungen der Umsetzung der Einheitenverordnung aus dem Jahr 1993 (Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 bezüglich der Änderung der statistischen Einheiten in der Unternehmensstatistik diskutiert. Nach Einschätzung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ ist dadurch unter anderem eine Verschiebung der regionalen Wirtschaftsstrukturen zu erwarten. Für die Zwecke der nationalen wie regionalen VGR ist daher das Unternehmen als kleinste rechtliche Einheit weiterhin als Beobachtungseinheit zwingend erforderlich. Ebenso wurden die Folgen des Ende Juli 2015 in Kraft getretenen Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes (BiLRUG) auf die VGR und deren Bedeutung erörtert.

Darüber hinaus wurden die zunehmende Bedeutung der Erneuerbaren Energien und deren Erfassung innerhalb der nationalen und regionalen VGR thematisiert. Der AK VGRdL verständigte sich dabei auf verschiedene Methoden Anpassungen und Qualitätsverbesserungen mit der Zielstellung, den Energiebereich weiter zu spezifizieren. Berichte über europäische und nationale Entwicklungen in den VGR sowie aktuelle Aspekte aus Arbeits-/Projektgruppen und den zuständigen Koordinierungsländern informierten über derzeitige und künftige Handlungsfelder der regionalen Gesamtrechnungen. Die Termine für die Ergebnisse bis 2016 (einschl. überarbeiteter Vorjahre) wurden festgelegt.

Die 53. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ wird vom Statistischen Landesamt Bremen ausgerichtet. Sie wird vom 19. bis 20. Oktober in Bremen stattfinden.

Kontakt zur Redaktion

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

wir freuen uns über Ihre Meinung und stehen Ihnen bei Fragen oder Anregungen zu diesem Heft und seinen Beiträgen jederzeit gerne zur Verfügung. Bei allgemeinen Fragen zu den „Informationen aus der amtlichen Statistik“ erreichen Sie die Redaktion unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 45 51.

Bei Fragen zu einzelnen Fachbeiträgen, steht Ihnen der allgemeine Statistische Informationsservice unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 24 05 oder über das Kontaktformular www.destatis.de/kontakt zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam

Statistischer Beirat

Regierungsdirektor Dr. Christhart Bork, Leiter des Referats I C 3 „Wachstum, Demografie, Statistik“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), wurde vom BMWi als Mitglied im Statistischen Beirat benannt. Dr. Bork ist Nachfolger von Ministerialrat Klaus Müller, der in den Ruhestand getreten ist.

Natasha Volodina (Bundesverband der Freien Berufe) wurde als Nachfolgerin von Sven Zöllner als Vertreterin der Gewerblichen Wirtschaft und Arbeitgeberverbände in den Statistischen Beirat berufen.

Statistisches Bundesamt

Oberregierungsrat Philipp Fernis, Leiter des Referats A 204 „Justizariat, Disziplinar- und Ordnungswidrigkeitenverfahren“, wurde zum 18. Mai als Staatssekretär in das Ministerium für Justiz des Landes Rheinland-Pfalz berufen. Regierungsdirektor Uwe Halfpaap, bisher Leiter der Internen Revision und Datenschutzbeauftragter, wurde als Referatsleiter in das Referat A 204 umgesetzt.

Oberregierungsrätin Simone Spacek, bisher Leiterin des Referats A 202 „Personalbetreuung“, wurde in die Interne Revision umgesetzt. In Nachfolge von Uwe Halfpaap wurden ihr die Leitung der Revision und gleichzeitig das Amt der Datenschutzbeauftragten übertragen.

Dr. Irene Kahle, bisher Leiterin des Referats B 201 „Fragebogenpretest, Erhebungsmethoden“, wurde in das neu geschaffene Referat F 203 „Bevölkerungsstatistische Auswertungen und Analysen aus dem Mikrozensus“ umgesetzt, gleichzeitig wurde ihr die Leitung des Referats übertragen.

Regierungsdirektor Prof. Dr. Markus Zwick, bisher abgeordnet zum Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat), wurde mit Wirkung vom 1. Mai die Leitung des neu geschaffenen Referats B 205 „Wissenschaftskooperation, Mikrosimulation, Big Data“ übertragen.

Thomas Sterzel, bisher Leiter des Referats C 204 „IT-Organisation Fach- und Querschnittsverfahren und IT-Projektmanagement“, wurde in das Referat C 305 „IT-Kompetenzzentrum Datenaufbereitung und zentrale IT-Dienste“ umgesetzt, gleichzeitig wurde ihm die Leitung des Referats übertragen.

Oberregierungsrat Dirk Münstermann wurde in das Referat C 204 „IT-Organisation Fach- und Querschnittsverfahren und IT-Projektmanagement“ umgesetzt, gleichzeitig wurde ihm die Leitung des Referats C 204 übertragen. Er leitet weiterhin kommissarisch das Referat C 205 „IT-Bausteine des Informations- und Wissensmanagements“.

Regierungsdirektor Thomas Forster, Leiter des Referats D 203 „Staatsektor, EU-Stabilitätspakt“, wurde der Europäischen Kommission (Eurostat) zugewiesen. Die Leitung des Referats D 203 hat Oberregierungsrat Jens Grütz übernommen, der seine Tätigkeit bei Eurostat beendet hat.

Regierungsrat Dr. René Söllner, bisher mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Referats E 205 „Struktur der Industrie“ beauftragt, wurde die Leitung des Referats übertragen.

Personalnachrichten

Oberregierungsrätin Ute Öchsner, Leiterin des Referats B 305 „Elektronische Veröffentlichungen, STATmagazin, Bund-Länder Veröffentlichungen, GENESIS-Online“, wurde mit Ablauf des Monats April 2016 in den Ruhestand versetzt. Das Referat B 305 wird nun von Marlene Nowack allein geleitet, die diese Aufgabe bisher mit Ute Öchsner zusammen wahrnahm.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Oberregierungsrat Dr. Frank Thalheimer wurde zum 1. Mai zum Leiter des Referats 31 „Wirtschaftswissenschaftliche Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ ernannt.

Regierungsdirektor Dr. Bertold Fischer, Referatsleiter des Referats 31 „Wirtschaftswissenschaftliche Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ wird zum 1. August in den Ruhestand versetzt.

Statistisches Landesamt Bremen

Volker Hannemann, der ehemalige Leiter des Statistischen Landesamtes Bremen, ist am 13. Juni 2016 nach schwerer Krankheit im Alter von 72 Jahren verstorben. Er hatte das Statistische Landesamt von 1979 bis 1994 geleitet und war anschließend zum Staatsrat beim Senator für Inneres und Sport ernannt worden.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

Dipl.-Volksw. Renate Cohrs, bisher tätig beim IT-Dienstleister Dataport, wurde zum 2. Mai zum Vorstand des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein berufen. Sie leitet die Zwei-Länder-Anstalt mit den Standorten Hamburg und Kiel in Nachfolge von Helmut Eppmann, der zum 30. April in den Ruhestand getreten ist.

Landesamt für Statistik Niedersachsen

Thomas Senftleben wurde zum 1. Juli zum Vizepräsidenten des Niedersächsischen Landesrechnungshofs berufen. Damit endet seine Amtszeit als Präsident im Landesamt für Statistik Niedersachsen.

Tagungskalender

April bis Dezember 2016

Termin	Ort	
6. April	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
6./7. April	Wiesbaden	Arbeitskreis „Qualität statistischer Prozesse und Produkte“
11./12. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“
13./14. April	Wiesbaden	Arbeitskreis „Rechtsfragen der Statistik“
13./14. April	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistiken“
13./14. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
19./20. April	Wiesbaden	Lenkungsausschuss „Optimierte Kooperation“
19./20. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
19./20. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
20./21. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handwerk“
20./21. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
26./27. April	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
27./28. April	Stuttgart	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
27./28. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
28. April	Bonn	Referentenbesprechung „Nutzung von IKT in Unternehmen“
2. – 4. Mai	München	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
10./11. Mai	Saar- brücken	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
10./11. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energostatistik“
10./11. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
18./19. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus“

Tagungskalender

April bis Dezember 2016

Termin	Ort	
31. Mai	Wiesbaden	Fachausschuss „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“
7. – 9. Juni	Bonn	Referentenbesprechung „Sozialhilfe-, Asylbewerberleistungs- und Wohngeldstatistik“
8./9. Juni	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“
9. Juni	Bonn	Fachausschuss „Sozialhilfe-/Pflege-/Kinder- und Jugend- hilfestatistik“
14./15. Juni	Wiesbaden	Referentenbesprechungen „Schulstatistik“ und „Berufsbildungsstatistik“
16./17. Juni	Wiesbaden	Arbeitskreis „Mathematisch-statistische Methoden“
21. Juni	Wiesbaden	Nutzertagung zur Novelle des Energiestatistikgesetzes
22./23. Juni	Wiesbaden	Arbeitskreis „Standardisierung von Erhebungsunterlagen“
22./23. Juni	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“
28./29. Juni	Kiel	Arbeitskreis „Informationstechnik“
29. Juni	Wiesbaden	Statistischer Beirat
5./6. Juli	Magdeburg	Amtsleiterkonferenz
6./7. Juli	Bonn	Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“
6./7. September	Wiesbaden	Arbeitskreis „Qualität statistischer Prozesse und Produkte“
7./8. September	Leipzig	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
13. – 16. September	Augsburg	Statistische Woche
19./20. September	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus“
20. – 22. September	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
4./5. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
4./5. Oktober	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“

Tagungskalender

April bis Dezember 2016

Termin	Ort	
5./6. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
5./6. Oktober	Wiesbaden	Ergebniskonferenz zur Zeitverwendungserhebung 2012/2013
11./12. Oktober	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“
18./19. Oktober	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
19./20. Oktober	Bremen	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
24./25. Oktober	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
25./26. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Insolvenzstatistiken“
25. – 27. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
26./27. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeits- statistiken“
26. Oktober	Bonn	Arbeitskreis „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“
4. November	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
8./9. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
8. – 10. November	Düsseldorf	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
10. November	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
22./23. November	Wiesbaden	Lenkungsausschuss „Optimierte Kooperation“
22./23. November	Wiesbaden	Referentenbesprechungen „Handelsstatistik“ und „Tourismusstatistik“
23./24. November	Berlin	Arbeitskreis „Rechtsfragen der Statistik“
23./24. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
29./30. November	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistiken“
29./30. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigenstatistik“
30. November/ 1. Dezember	Bonn	Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“

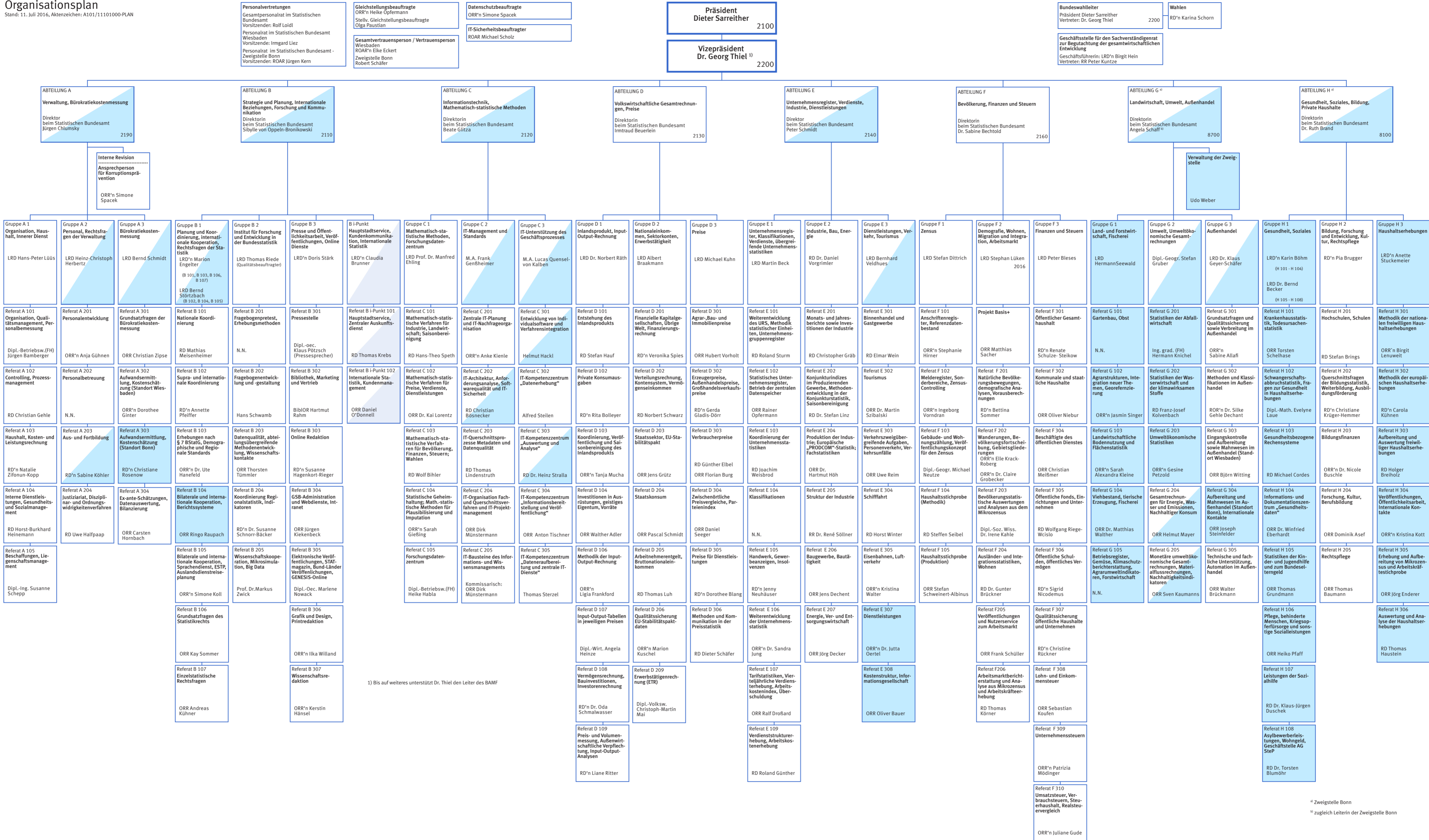
Tagungskalender

April bis Dezember 2016

Termin	Ort	
30. November/ 1. Dezember	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
13./14. Dezember	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistiken“

Organisationsplan

Stand: 11. Juli 2016, Aktenzeichen: A101/11101000-PLAN



1) Bis auf weiteres unterstützt Dr. Thiel den Leiter des BAMF

* Zweigstelle Bonn

** zugleich Leiterin der Zweigstelle Bonn

Haus- und Lieferadresse: Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden Postanschrift: Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden

Zweigstelle Bonn Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn

i-Punkt Berlin Internet: http://www.destatis.de E-Mail: i.punkt@destatis.de

Dienstort Wiesbaden

Dienstort Wiesbaden/Bonn

Dienstort Bonn

Dienstort Wiesbaden/Berlin